



Zum Girls' und Boys' Day am 26.04. empfingen Angela Gorr, Tobias Krull, Carsten Borchert und Florian Philipp die Mädchen und Jungen zum Abgeordnetengespräch



Dr. Thomas Widmann empfing die AG Landesentwicklung am 29.04. in Bozen zum Gespräch über öffentliche Mobilität



Am 22.05. besuchten die AGn Wirtschaft sowie Bundes- und Europaangelegenheiten das Start-Up „Steinhaus“ in Burg



AG Landesentwicklung und Verkehr auf Vollausschussreise in Tallin vom 28.05. bis 01.06.



Ausgabe 2/2018

# EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON

SACHSEN-ANHALT

## AG Wirtschaft zu Besuch in Strasbourg



Ulrich Thomas  
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Auf Einladung des Europaabgeordneten Sven Schulze, MdEP, besuchte die AG Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung das Europäische Parlament in Strasbourg.

Gemeinsam mit den Europaabgeordneten Dr. Peter Jahn (Sachsen), Burkhardt Balz (Niedersachsen) und Joachim Zeller (Berlin) wurde über Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Währung, Digitalisierung, Landwirtschaft und ländlicher Raum sowie über den Haushalt diskutiert. Ein zentrales Thema der nächsten Monate im Europäischen Parlament ist die Neuprogrammierung der Strukturfonds.

Nach einer Führung durch das Parlament konnten die Mitglieder der Arbeitsgruppe die Ansprache des kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos Calderón sowie die Sitzung des Europaparlamentes verfolgen.



**Herausgeber:**  
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg  
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden  
Siegfried Borgwardt MdL  
**Vi.S.d.P.:**  
Sven Rautmann, Fraktionsgeschäftsführer  
Sandra Hietel, Pressesprecherin  
**Stand:** Juni 2018  
**Fotonachweis (allg.):**  
©CDU-Pressestelle / Portraitbilder: Rayk Weber

Druck: Max Schüttus Magdeburg GmbH & Co. KG, Halbenstädter Straße 37, 39112 Magdeburg

## Auswärtiger Fraktions- tag in Burg

Raus aus dem Landtag, hinaus aufs Land ging es für die CDU-Landtagsfraktion am 5. Juni zur Landesgartenschau nach Burg. Zum auswärtigen Fraktionstag lud der Parlamentarische Geschäftsführer, **Markus Kurze**, die Kolleginnen und Kollegen in seine Heimatstadt ein, um ihnen die dortige Gartenschau und die damit einhergehenden Veränderungen in der Stadt zu präsentieren.

Empfangen wurde die Fraktion von Pfarrer Gümbel im Kirchengemeindehaus mit einem Segensspruch nebst Gebet. Nach einer Führung durch die Ihlegärten - einem der vier Kernbereiche des Geländes der Landesgartenschau - führte Markus Kurze die Mitglieder auf den Weinberg. Vor herrlichem Panorama informierte er über die Historie und die Entwicklungspotentiale der Kreisstadt des Landkreises Jerichower Land.

Auf der Tagesordnung der im Anschluss stattfindenden Fraktions-sitzung standen neben dem Kommunalverfassungsgesetz und Haushaltsfragen auch die Themen Tourismus und Digitalisierung in ländlichen Regionen.

Traditionell endete dieser Tag mit der Bürgersprechstunde des Fraktionsvorsitzenden **Siegfried Borgwardt** und **Markus Kurze** als Wahlkreisabgeordneten.



## Verbesserungen für Eltern, Erzieher und Kommunen



Daniel Szarata  
Finanzpolitischer Sprecher  
Tobias Krull  
Sozialpolitischer Sprecher

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Anspruch, mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Qualität in das Kinderförderungsgesetz zu bringen, ist die CDU-Fraktion in die Verhandlungen gegangen. Die nun vorliegenden Eckpunkte der Neuregelung des KiföGs sind das Resultat und bringen zweifelsohne eines der wichtigsten Vorhaben der Koalition auf den Weg. Der finanzpolitische Sprecher, **Daniel Szarata**, und der sozialpolitische Sprecher, **Tobias Krull**, erläutern im Folgenden den aktuellen Stand der Novellierung.

*Frage 1: Wie beurteilen Sie das vorgelegte Eckpunktepapier zum neuen Kinderförderungsgesetz?*

Krull: Die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen für die Kinderbetreuung in unserem Land ist sicher eines der wichtigsten politischen Vorhaben dieser Landesregierung. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einem Kompromiss alle Beteiligten von ihren Ursprungspositionen abrücken mussten, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Vom Grundsatz her sind die nun vorgelegten Punkte eine tragfähige Lösung für die verschiedenen Herausforderungen.

*Frage 2: Was war denn der CDU-Fraktion wichtig bzw. wo finden sich CDU-Positionen in diesem Papier wieder?*

Krull: Bei allen, die entsprechenden Bedarf haben, zum Beispiel bei Berufstätigkeit, Ausbildung oder als pflegende Angehörige, wird weiter sichergestellt, dass sie ihre Kinder bis zu 10 Stunden am Tag in den Kindertageseinrichtungen unseres Landes betreuen lassen können. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. eine bedarfsgerechte Betreuung gewährleistet. Bezüglich des Nachweises des entsprechenden Bedarfs werden wir uns für ein unbürokratisches Verfahren einsetzen. Das Bildungsziel in den Krippen, Kitas und Horten wird mit dem Betreuungsanspruch von 8 Stunden pro Tag für alle Kinder abgesichert.

Szarata: Uns war wichtig, dass wir wieder Transparenz auch in Hinsicht der finanziellen Verantwortlichkeiten hinbekommen. Das haben wir erreicht, weil wir jetzt einen festen Satz der anfallenden Personalkosten als Land übernehmen. Wir wollten, dass die Gemeinden wieder eine stärkere Rolle bei den Verhandlungen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erhalten. Auch dies

findet sich in den Eckpunkten wieder. Darüber hinaus kommt es zur Steigerung der Betreuungsqualität, weil wir als ersten Schritt 10 Ausfalltage pro pädagogische Fachkraft bei der Berechnung des Betreuungsschlüssels berücksichtigen.

*Frage 3: Neben der Qualität der Kinderbetreuung ist für Eltern auch die Frage der eigenen finanziellen Beiträge wichtig. Was können Sie zu diesem Thema sagen?*

Szarata: Als ersten Schritt wollen wir als Land die Elternbeiträge für das zweite Kind übernehmen. Bereits jetzt entfallen ab dem dritten Kind für die Eltern die entsprechenden Zahlungen. Wir werden noch einmal fast 50 Millionen Euro mehr für die Kinderbetreuung ausgeben und auch zukünftig Tarifsteigerungen ausgleichen. Das schafft finanzielle Spielräume vor Ort. Derzeit wird im Bund das sogenannte Gute-Kita-Gesetz debattiert. Die Finanzmittel des Bundes, die daraus nach Sachsen-Anhalt fließen werden, wollen wir zum einen zur weiteren Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung und zum anderen zur weiteren Entlastung der Eltern einsetzen. Dabei sollen die Eltern entlastet werden, die nur über geringe Einkommen verfügen.

*Frage 4: Wie sieht der weitere Zeitplan aus?*

Krull: Durch das zuständige Ministerium wird der Gesetzentwurf nach der Sommerpause vorgelegt. Dann folgen Beratungen innerhalb des Landtages. Gleichzeitig werden wir mit den Kommunen, den Trägern der Einrichtungen und deren Mitarbeitern sowie den Elternvertretern diesen Vorschlag umfänglich besprechen. Die Neuregelungen sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Tobias Krull bei seiner Rede im Plenum zum Thema: „Kinderbetreuung angemessen finanzieren“







Auswärtige Sitzung der AG Bildung und Kultur mit Besuch des Stadtmuseums in Zerbst am 13.03.2018



Am 15.03.2018 beriet der Ausschuss für Inneres und Sport mit Experten zum E-Government Gesetz im Plenarsaal



Die AG Finanzen diskutierte mit Vertretern des Hauptpersonalrates zum Personalvertretungsgesetz am 03.04.2018



AG Umwelt und AG Landwirtschaft zu Besuch im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark in Stendal (04.04.2018)



Dietmar Krause, Tobias Krull und Florian Philipp bei einer Petitionsübergabe am 06.04.2018



Ministerpräsident Dr. Reiner Haselöf und der Fraktionsvorsitzende Siegfried Borgwardt zur Landtagssitzung am 20.04.



Am 24.04. tagten die AGen Wirtschaft, Inneres und Sport sowie Finanzen gemeinsam mit den Mitgliedern der Gewerkschaft für Technik und Naturwissenschaft

## Kommunen sind Herzkammern der Demokratie



Arbeitsgruppe Inneres und Sport Bernhard Bönisch, Chris Schulenburg (Vors.), Carsten Borchert, Tobias Krull

Die kommunale Selbstverwaltung gehört zu den Kernelementen unseres Staates. Bei der Änderung des Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften galt es daher, wichtige Prinzipien einzuhalten. Diese waren die in der Koalition vereinbarten Verbesserungen der Bürgerbeteiligung und gleichzeitig die Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie in den Kommunen unseres Landes.

Basis für die nun getroffenen Entscheidungen war nicht nur der Koalitionsvertrag und die Ergebnisse der Enquete Kommission „Stärkung der Demokratie“, sondern auch eine Beratungsrunde mit kommunalpolitisch Aktiven aus Sachsen-Anhalt.

- Zukünftig wird es bei beratenden Ausschüssen Einwohnerfragestunden geben. Für die Beantwortung von Anfragen von Mitgliedern der Vertretungen (Gemeinde- und Stadträte, Kreistagsmitglieder) hat die Verwaltung zukünftig grundsätzlich die gesetzliche Frist von einem Monat zu beachten.
- In Gemeinden unter 300 Einwohnern kann es auch in Zukunft weiter Ortschaftsräte geben. Die Möglichkeiten für die Bildung von zusätzlichen Ortschaften und somit Ortschaftsräten werden erweitert. Hier muss die Vertretung mit der Mehrheit ihrer Mitglieder durch Änderung der Hauptsatzung einen entsprechenden Beschluss fassen.
- Die geplanten Änderungen zur Verschärfung der Regelungen zum Haushaltsausgleich werden erst im Jahr 2023 in Kraft treten.

Weitere Änderungen betreffen zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen bei den Kommunalwahlen.

Unser klares Ziel bleibt es weiter, die Wahrnehmung ehrenamtlicher kommunaler Mandate attraktiv für die Bürger zu gestalten – gerade im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen im Mai nächsten Jahres. An dieser Stelle ein großer Dank an die Menschen, die sich ehrenamtlich für ihre Kommunen und ihre Mitbürger engagieren.



- Für die Einbringung von Einwohneranträgen wird die Hürde von fünf auf drei Prozent der Einwohner gesenkt, die einen solchen Antrag unterstützen müssen. Die Altersgrenze für die Unterzeichner sinkt hier auf 14 Jahre, wobei wir das als CDU-Fraktion ausdrücklich nicht als Einstieg in die Absenkung der Altersgrenze bei Kommunalwahlen von 16 Jahren verstehen.
- Bei Bürgerentscheiden wird es zukünftig vor der Entscheidung Informationen für die Wählerschaft geben, die sowohl Pro- als auch Contra-Argumente enthalten. Das Quorum für die Gültigkeit eines Bürgerentscheides (Anteil der Gesamtbevölkerung, die dafür gestimmt haben) wird von 25 auf den bundesdeutschen Durchschnitt von 20 Prozent abgesenkt. Natürlich müssen im Gegenzug mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen für das Anliegen sein.

## Möglichkeiten des Homeoffice auch im öffentlichen Dienst schaffen



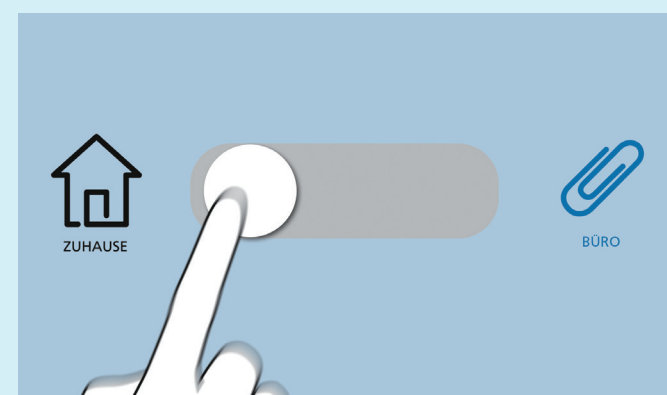
Chris Schulenburg  
Innenpolitischer Sprecher

Die fortschreitende Digitalisierung verändert nicht nur unser Privatleben, sie verändert vor allem auch das Berufsleben. Sie macht es möglich, stets erreichbar zu sein sowie Informationen überall abzufordern. Dies wird zu einer Abkehr vom herkömmlichen Arbeitsplatzverständnis führen, da in der digitalen Arbeitswelt der Ort, an dem eine Tätigkeit erbracht wird, vielfach keine zentrale Rolle mehr spielt. In vergleichbarem Maße ist auch damit zu rechnen, dass die Bedeutung einheitlicher Arbeitszeiten zurückgehen wird.

Der Öffentliche Dienst steht in direkter Konkurrenz zur Wirtschaft um qualifizierte Fachkräfte. Daher müssen wir die Attraktivität steigern und das unmittelbare Arbeitsumfeld verbessern, indem wir die technische und räumliche Ausstattung auf die in der Privatwirtschaft üblichen Standards anheben. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und des Arbeitsortes.

Genau das kann Telearbeit leisten:

- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- höhere Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Steigerung von Motivation und Produktivität,
- Minimierung von Kranken- und Fehltagen,
- bessere Teilhabe von behinderten Menschen am Arbeitsleben sowie
- Verringerung des Verkehrsaufkommens zu Stoßzeiten.



Um es auf den Punkt zu bringen: Telearbeit macht die Arbeitnehmer produktiver und glücklicher. Daher soll die Landesregierung ein ganzheitliches Konzept zur Umsetzung und Förderung von Telearbeit für alle Landesbehörden und Einrichtungen der unmittelbaren Landesverwaltung vorlegen.

## Unsere neuen Abgeordneten in der 7. Wahlperiode



Carsten Borchert  
Sportpolitischer Sprecher

Carsten Borchert (Jahrgang 1962) hat 2016 das Direktmandat im Wahlkreis Salzwedel gewonnen und gehört dem Landtag in dieser Wahlperiode erstmalig an. Der 56jährige hat zwei Kinder und lebt in Jübar (Altmarkkreis Salzwedel).

Nach seinem Fachschulstudium zum Grundschullehrer, dem Studium zum Diplom-Sportlehrer an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg und zum Sozialkundefahrer an der Universität Essen war er zuletzt Schulleiter der Grundschule Beetendorf.

1998 trat Borchert in die CDU ein. Er ist seit 1994 Bürgermeister der Gemeinde Jübar und Mitglied im Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Beetendorf/Diesdorf. Seit 1999 ist er Mitglied des Kreistages des Altmarkkreises Salzwedel und dort Vorsitzender des Ausschusses für Sport und Kultur.

Im Landtag gehört Carsten Borchert den Ausschüssen Inneres und Sport sowie Umwelt und Energie an, ist stellvertretender Ausschussvorsitzender im Ausschuss für Umwelt und Energie und sportpolitischer Sprecher der Fraktion.

Mehr Infos unter [www.carsten-borchert.de](http://www.carsten-borchert.de)

## Industriekultur in Sachsen-Anhalt gezielt weiterentwickeln



Angela Gorr und  
Andreas Schumann

Zu dem im Mai-Plenum eingebrachten Antrag der Koalitionsfraktionen zur „Industriekultur in Sachsen-Anhalt“ geben die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Kultur, **Angela Gorr**, und der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, **Andreas Schumann**, folgende Stellungnahmen ab:

„Zielsetzung unseres Antrags ist es, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die regional identitätsstiftenden Orte und Zeugnisse der Industriekultur in Sachsen-Anhalt für die Nachwelt erhalten bleiben. Dies wird uns nicht in allen Fällen gelingen. Aber es geht nicht nur um die Erhaltung einzelner Standorte und Denkmale oder die museale Darstellung der Industriegeschichte, sondern auch und vor allem um die Nutzbarmachung als außerschulische Bildungsorte zur Vermittlung von technischen, wirtschaftlichen und historischen Zusammenhängen. Der Tourismus, der als weiterer Bereich in die Thematik hineinreicht, ist in einen Masterplan bereits aufgenommen“, so Gorr.

„Die Erstellung des Konzeptes ist als eine Querschnittsaufgabe zu sehen, an der mehrere Ministerien mitarbeiten müssen. Beispielsweise sei auf das Bauhaus-Jubiläum 2019 verwiesen, das überregionale Bedeutung für das Land besitzt und über die Landesgrenzen hinaus ausstrahlt. Daran gilt es anzuknüpfen und auch andere Aspekte der Industriekultur in den Blick zu nehmen. Wir werden dafür im Landeshaushalt 2019 finanzielle Vorsorge treffen“, so Schumann abschließend.



Es gilt auch andere Aspekte der Industriekultur wie Kultur/Denkmalpflege/Heimat- und Traditionspflege, Architektur/Baukultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung und Tourismus in den Blick zu nehmen.

Andreas Schumann  
Sprecher für Kulturpolitik